

Bern. Anhand einer Studie will die Gewerkschaft Unia nachweisen, dass es beim Detailhandel Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen braucht. **Seite 31**

London. Den Finanzinstituten in der Londoner City weht ein eisiger Wind entgegen. Beim Stresstest der Bank of England fiel die Co-operative Bank durch. **Seite 33**



Interventionen erfolglos. Der Kurs des Rubels macht den Anlegern zu schaffen. Auch die Zentralbank hat bis jetzt kein Mittel gefunden. Foto Keystone

Russische Währung im freien Fall

Nach einem weiteren Wertverlust gab es gestern für einen Euro bereits 100 Rubel

Von Stefan Scholl

Moskau. Mit dem Rubel stürzt auch die Laune vieler Moskauer ab. «Wir machen jedes Jahr Urlaub in Europa. Im Sommer waren wir in Rom, nächstes Jahr wollten wir nach Irland fahren. Aber jetzt werden wir die Ferien wohl auf der Datscha verbringen», klagt die Hochschuldozentin Marina Astachowa. «Ich komme mir vor, als wäre der Eiserne Vorhang wieder da.» Fast wirkt es, als treffe Russlands Rubelkrise nur den oberen Moskauer Mittelstand. Aber schon warnen Experten vor einem gesamtwirtschaftlichen Kollaps.

Die Talfahrt des seit Monaten abwärts schlitternden Rubels gerät zum freien Fall. Am Montag stürzte der Rubel um fast 10 Prozent auf über 76 Rubel pro Euro ab, dem schwarzen Montag folgte ein fast ebenso schwarzer Dienstag, der Euro kletterte gestern auf 84 Rubel, wurde zwischenzeitlich gar über 100 Rubel gehandelt. Der Rubel stabilisierte sich am späten Nachmittag, nachdem Wirtschaftsminister Alexei Uljukajew nach einer Sondersitzung der Regierung ein neues Massnahmenpaket zur Stärkung des Rubels ankündigte. Anfang des Jahres hatte der Rubel noch 45 Euro gekostet.

Dienstagabend hob die Zentralbank die Leitzinsen von 10,5 Prozent drastisch auf 17 Prozent an, «um die Abwer-

tungs- und Inflationsrisiken zu begrenzen», wie es in einer offiziellen Erklärung der Bank hiess. Vergeblich. «Die Massnahmen der Zentralbank sind mehr als nur fehlerhaft und unprofessionell, sie grenzen schon an Wahnsinn», klagte die Duma-Abgeordnete Oksana Dmitrijewa. Am Montag war bekannt geworden, dass die Zentralbank mit einer Bürgschaft dem Staatskonzern Rosneft 625 Milliarden Rubel vermittelt hatte – nach dem neusten Kurs noch über 6 Milliarden Euro.

«In nur drei Tagen hat die Bank Rosneft diese Rubelsumme zur Verfügung gestellt», sagt Wassili Salodkow, Finanzexperte der Moskauer Hochschule für Ökonomie. «Normalerweise nimmt diese Prozedur ein halbes Jahr in

Anspruch. Das Signal, dass die Zentralbank den bedürftigen Staatskonzern direkt mit Geld versorgt, hat den Rubel noch einmal heftig abstürzen lassen.»

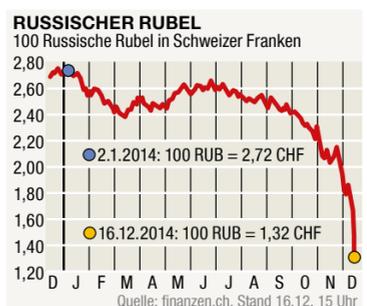
Nur Anfang einer grossen Krise

Obwohl Rosneft heftig dementiert, vermuten viele Experten, ein Grossteil der Rubelmilliarden sei an der Währungsbörse gelandet. Nun befürchtet die Fachwelt, der Staat werde die Krise weiter anheizen, indem er auch Gazprom und der halbstaatlichen Eisenbahngesellschaft RSchD Hunderte Rubelmilliarden vorschiesst. Beide haben schon vergleichbare Kreditanfragen wie Rosneft gestellt, während die erhöhten Zinsen künftig kleinen und mittleren Betrieben ihre Investitionen erschweren. «Langfristig drückt nicht nur der sinkende Ölpreis auf den Rubel», sagt Salodkow. «Sondern auch der völlig verrückte Staatshaushalt mit 34 Prozent Verteidigungsausgaben. Und die Monopolisierung der Wirtschaft, in der grosse Staatskonzerne dominieren, die nun auch in der Krise grosszügig mit Krediten versorgt werden.» Fachleute wie Banker beklagen mangelnde Transparenz und Glaubwürdigkeit der Zentralbank, aber auch der Regierungspolitik.

Die Panik hat auch die Moskauer Aktienbörse befallen, die gestern wieder drei Prozent verlor. Schon am Vor-

tag lag der Gesamtwert der dort gehandelten Unternehmen laut Bloomberg bei 339 Milliarden Dollar. Damit beträgt die Kapitalisierung der russischen Wirtschaft inzwischen fast nur noch die Hälfte des Aktienwertes der US-Firma Apple. Panik macht sich breit. Die staatliche Sberbank dementierte gestern die Meldung, sie werde künftig an Privatpersonen keine Kredite mehr vergeben. Andere Geldinstitute bestellten fünfstelligen Leuchttafeln, die nötig werden, wenn Euro oder Dollar über 100 Rubel kosten. In mehreren Moskauer Geschäften tauchten widerrechtlich Preisschilder mit «Bedingten Einheiten» auf, die schon in den krisenhaften 1990er-Jahren Euro- oder Dollarpreise für Importware festgeschrieben.

Auch offizielle Wirtschaftsprognosen verdüstern sich. Die Zentralbank kündigte für 2015 ein Minuswachstum von 4,5 bis 4,7 Prozent sowie acht Prozent Inflation an. Wie die Wirtschaftsagentur RBK meldet, plant die Regierung, den Staatshaushalt für 2015 um glatte zehn Prozent zu kürzen, Sozialausgaben sollen davon nicht betroffen sein. Viele Beobachter erwarten nun eine Bankenkrise und Wirtschaftsrezession. Die Pkw-Produktion in Russland fiel bereits vergangenen Monat im Vergleich zum Vorjahr um 27 Prozent. «Der Rubelsturz ist nur der Anfang», sagt Finanzexperte Solodkow.



Negativkurve. Der Rubel ist im letzten Jahr abgestraft worden. Grafik BaZ/mmm

Duell zwischen Ökonomen

Daniel Lampart und Gerhard Schwarz kreuzen die Klingen

Basel. Befindet sich die Schweizer Wirtschaftspolitik an einem Scheideweg? Aktueller kann diese Grundsatzfrage im ausklingenden (Wirtschafts-) Jahr nicht sein. Die Schweizer Wirtschaftspolitik wird zunehmend von Volksinitiativen wie Masseneinwanderung, Minder, Mindestlöhne oder Ecopop beeinflusst. Auch werden bisherige Leitplanken wie die bilateralen Verträge, der liberale Arbeitsmarkt oder die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank infrage gestellt. Wo führt dieser Trend hin? Zwei profilierte Schweizer Ökonomen werden diese Frage heute Abend in Basel von unterschiedlichen Standpunkten aus beantworten: Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), auf der einen Seite, Gerhard Schwarz, Direktor der liberalen Denkfabrik Avenir Suisse, auf der anderen.

Die beiden durchaus streitbaren Geister Lampart und Schwarz kreuzen ihre Klingen im Rahmen einer öffentlichen Debatte, zu der die Vereinigung Basler Ökonomen (VBÖ) eingeladen hat. Das Duell wird arbitriert von VBÖ-Präsidentin Simone Wyss Fedele. Drei Themenblöcke werden heute Abend im Vordergrund stehen.

Stichwort Initiativen: Mittel zum Zweck für Parteien oder aber ein Volksinstrument? Der SGB setzt das Volksrecht für seine Ziele ein, Avenir Suisse fordert eine Erhöhung der Unterschriftenhürde.

Stichwort Arbeitsmarkt: Ist der liberale Arbeitsmarkt Geschichte? Was kommt nach der Mindestlohn- und der Masseneinwanderungs-Initiative? Avenir Suisse fordert ein Globalziel statt Kontingenten. Der SGB erteilt den bisher gemachten Vorschlägen schlechte Zensuren. Gemäss Angaben der Gewerkschaften kommt jeder zehnte Haushalt kaum über die Runden. Für Avenir Suisse hingegen steht fest, dass zusätzliche Umverteilungsmassnahmen das Problem aber nicht wirklich zu lösen vermögen.

Stichwort Regulierung: In krassem Unterschied zu Avenir Suisse postulieren die Gewerkschaften ein weiteres Wachstum der Regulierung. Geht Legalität vor Eigenverantwortung? m

Debatte «Schweizer Wirtschaftspolitik im Wandel», Mittwoch, 17. Dezember 2014, 18.15 Uhr. Universität Basel, Hörsaal 1, Petersplatz 1.



Gerhard Schwarz.



Daniel Lampart.

In Amerika hellt sich die Stimmung auf

Die Wirtschaft brummt, die Löhne steigen, die Benzinpreise sinken

Von Renzo Ruf

Washington. Für Millionen von Amerikanern ist Weihnachten dieses Jahr einige Wochen früher gekommen. In 13 Bundesstaaten ist der Benzinpreis in den vergangenen Tagen unter die magische Grenze von 2 Dollar pro Gallone – umgerechnet rund 53 Rappen pro Liter – gefallen. Und: Landesweit verlangt nun «erstmal seit Jahren» eine klare Mehrheit sämtlicher Tankstellen weniger als 2.50 Dollar pro Gallone, berichtete der Internetservice Gas Buddy. Zum Vergleich: Vor zwölf Monaten noch kostete das Benzin im landesweiten Durchschnitt 3.20 Dollar oder rund 70 Cents mehr als heute. Diese atemberaubende Entwicklung, die dem Fracking-Boom in Amerika und dem weltweiten Überangebot von Erdöl geschuldet ist, hat denselben Effekt wie ein Konjunkturprogramm: Sie spült

Milliarden in das Portemonnaie der US-Bevölkerung. Denn die meisten Amerikaner sind auf ihren fahrbaren Untersatz angewiesen und das Benzingeld ist selbst in bedürftigen Haushalten ein fixer Budgetposten.

Da sich die Detailhändler in der Vorweihnachtszeit mit Rabattaktionen überbieten, wird das Extrageld in der Haushaltskasse wohl in den Konsum fließen. Und dies wiederum könnte dazu führen, dass die Konjunktur der grössten Volkswirtschaft auch im 4. Quartal 2014 noch einmal einen Bocksprung macht, nachdem im 3. Quartal ein Zuwachs von 3,9 Prozent verzeichnet worden war. Die Rede ist bereits von einer Wachstumsrate von mehr als 4 Prozent – eine erstaunliche Zahl angesichts der Konjunkturlaute in anderen westlichen Industriestaaten.

Diese positiven Entwicklungen werden zwei unmittelbare Folgen haben:

Erstens wird sich die Stimmung in der Bevölkerung, die immer noch stark von der Finanzkrise geprägt ist, weiter aufhellen. Dafür verantwortlich sind nicht nur stark fallende Benzinpreise und eine Erholung des Immobilienmarkts auf breiter Front, sondern auch Lohnerhöhungen. 2015 werde die amerikanische Durchschnittsfamilie, die es natürlich nur in der Theorie gibt, einige Tausend Dollar mehr in der Haushaltskasse haben, behaupten verschiedene Wirtschaftswissenschaftler.

Zinswende in Sicht

Dies wiederum führt zweitens dazu, dass der Druck auf die amerikanische Notenbank Federal Reserve wächst, sich endgültig von der Krisenpolitik zu verabschieden. Einen ersten Schritt machte das geldpolitische Gremium der Fed, der Offenmarktausschuss, bereits an seiner letzten Sitzung im Oktober.

Damals beschloss der Ausschuss, unter dem Präsidium von Fed-Chefin Janet Yellen, die Stützungskäufe auf den Aktienmärkten einzustellen. Nun wird heute, wenn Yellen nach Abschluss der zwei Tage dauernden Beratungen vor die Medien tritt, wohl der zweite Schritt folgen. Die 68-jährige Volkswirtschaftlerin wird den Zeitplan für die erste Zinserhöhung seit der Finanzkrise bekannt geben.

Weil es sich beim Offenmarktausschuss aber um ein Gremium handelt, das gerne in Rätseln spricht, wird dieser Zeitplan bloss in Andeutungen bekannt. Den Aktienmärkten, die bereits mit dem Drehen an der Zinsschraube im kommenden Jahr rechnen, und der durchschnittlichen Konsumentin ist dies wohl egal. Letztere interessiert wohl bloss, dass sie im kommenden Jahr vielleicht wieder mit Zinserträgen auf ihren Bankguthaben rechnen kann.

ANZEIGE